



Kirchheim.

Mitteilungen aus den Gemeindeteilen Kirchheim, Heimstetten, Hausen.

Unser nicht gekürzter Beitrag zu dem aktuellen Thema „Kita-Streik“

Der gekürzte Beitrag erschien in den KIMI Nr. 25/2015

Unsere Solidarität gilt den streikenden Erzieherinnen

Seit dieser Woche gilt die Friedenspflicht im sog. KITA-Streik. Es soll geschlichtet werden, deshalb ist der Streik ausgesetzt. Unsere Kindergärten und –krippen in der Gemeinde waren bisher nicht betroffen. Das liegt daran, dass die Träger unserer KITAs sog. „Tendenzbetriebe“ sind. Dazu zählen vor allem die Kirchen. Für die Beschäftigten der kirchlichen Einrichtungen ist zum Einen das Streikrecht stark eingeschränkt, zum Anderen werden ihre Tarifverträge zur Zeit nicht verhandelt.



Verhandelt wird der TVÖD (Tarifvertrag öffentlicher Dienst) mit den Kommunen als Arbeitgeber und Träger. Trotzdem muss uns das als Kommune, als Gemeinderäte, als Eltern und als Bürger interessieren. Denn auch die Beschäftigten in unseren KITAs werden im Nachgang vom Ergebnis dieser Tarifverhandlungen hoffentlich profitieren.

Unsere Solidarität gilt uneingeschränkt den Erzieherinnen und Erziehern.

Sie verdienen zu wenig für das, was sie alltäglich leisten. Sie sind „Allround-Talente“, Pädagogen, Handwerker und Musiker in Einem. Ihre Arbeit hat auch nicht den gesellschaftlichen Stellenwert, den sie verdient, unabhängig von der Bezahlung. Mit dieser umfassenden Betreuung von Kindern leisten sie jeden Tag etwas für die Zukunft unseres Landes. Eine Aufwertung dieser Arbeit wäre ein Signal an den Erzieher-Nachwuchs. Gut ausgebildete Fachkräfte müssen in Deutschland angemessen entlohnt werden.

Wir vertrauen ihnen unsere Kinder an, sie betreuen und bilden unsere Kinder von klein auf und tragen eine große Verantwortung. Und wir brauchen eine Debatte in Deutschland, wie viel uns die Arbeit mit Menschen und die frühe Bildung unserer Kinder wert ist.

Beim Kita-Streik gehen nicht nur Erzieherinnen in den Ausstand. Eine ganze Branche fordert bundesweit eine "Aufwertung" der Berufe. Und Aufwertung, das bedeutet unterm Strich zuallererst mehr Geld. Sozialpädagogen, Sozialarbeiter, Kinderpfleger, Heilpädagogen oder Beschäftigte von Einrichtungen der Behindertenhilfe: Sie alle wollen faktisch mehr Gehalt.

In den vergangenen Jahren wurden viele neue Plätze in Kindertagesstätten geschaffen, Eltern haben ein Recht auf einen Kita-Platz auch für die ganz Kleinen. Nun werden die Rufe nach besserer Qualität und damit einhergehend nach besserer Bezahlung der Pädagogen immer lauter. Es hat einen enormen pädagogischen Qualitätsschub gegeben, der sich jetzt auch in der Bezahlung niederschlagen muss.

Tatsächlich haben Erzieher viele neue Aufgaben bekommen. Sie sind für die Sprachförderung zuständig und sollen generell helfen, Migrantenkinder und deren Eltern besser zu integrieren. Sie lernen, häusliche Gewalt und sexuellen Missbrauch frühzeitig zu erkennen. Sie müssen die Entwicklung jedes Kindes genau dokumentieren – um nur einige Bereiche zu nennen. Erzieher haben außerdem einen sehr stressigen Job. Sie müssen häufig 20 Kinder allein betreuen, weil Kollegen fehlen oder krank sind. Wenn wir anerkennen, dass diese Jobs mindestens ebenso wichtig sind wie der eines Industriearbeiters, dann werden wir um eine Aufwertung nicht herumkommen – auch bei der Bezahlung.

Aber man darf die Finanzierung nicht allein den Kommunen überlassen. Bildung ist eine nationale Aufgabe, sie muss national finanziert werden. Es war richtig, dass Schwarz-Rot 2008 den Ausbau der Kindertagesbetreuung beschlossen hatte. Jetzt möchte man der Koalition das Gleiche zurufen wie seinen Kindern: Bringt zu Ende, was ihr begonnen habt!

Nicht nur die Arbeitgeber, auch Eltern sollten darüber nachdenken, was Kinderbetreuung wert ist. Denn viele können es sich sehr wohl leisten, mehr zu zahlen.

An die Kita-Betreuung haben Eltern ähnliche Ansprüche wie an ein Schnitzel: Bitte Top-Qualität, aber dennoch preiswert. Doch wer gut bezahlte Erzieher will, muss auch selbst investieren. Biohühner und Kita-Kinder haben etwas gemeinsam: Sie sollen bitteschön gut umsorgt werden und Auslauf haben - das soll aber wenig kosten. Denn dafür muss ja auch jemand bezahlen. Das bekommen die Erzieher zu spüren: Die Gehaltsabrechnung fällt mau aus.

Geringverdiener und kinderreiche Familien sollen entlastet werden. Aber klar ist auch: Es kann keinen besseren Betreuungsschlüssel, mehr Geld für Erzieher und gleichzeitig Minibeiträge für alle Eltern geben. Geld drückt auch Wertschätzung aus. Alle wollen bessere Schulen und Kitas. Zahlen soll der Staat. Bildung wird gerade von vielen besser verdienenden Eltern als hohes Gut angesehen. Dann müssen sie auch bereit sein, etwas dafür zu geben.

Es hat seinen Grund, dass ausgerechnet in Dienstleistungsberufen (KITAs, Bahn etc.) die Arbeitskämpfe toben. Im Übrigen, eine Gemeinsamkeit haben der Lokführer und die Erzieherin: Sie dienen der Daseinsvorsorge in diesem Land. Bildung und Erziehung gehören ebenso wie Mobilität zu den häufig beschworenen Grundbedürfnissen einer modernen Gesellschaft. Einen Unterschied aber gibt es: Anders als die Bahn ist die Kleinkindbetreuung dem Privatisierungswahn der vergangenen Jahrzehnte entgangen. Dass Bildung und Erziehung nicht auf Profit getrimmt werden können, haben selbst die Privatisierer eingesehen. Das ist gut so, aber es hat eine Kehrseite: Was die Kitas kosten, das muss die öffentliche Hand sich auch „leisten“. Also werden die Erzieherinnen und Erzieher zum Opfer nicht des Profitstrebens, sondern der Legende von der armen öffentlichen Hand. Sie würden diesem Land einen Dienst erweisen, streikten sie so lange, bis der Staat endlich lernt, sich vom privaten Reichtum das zu holen, was die Kommunen für die öffentliche Daseinsvorsorge brauchen

Für die SPD-Fraktion:

Ewald J. Matejka